

1883 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode.

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ
Zl. IV-50.004/76-2/80

1010 Wien, den 15. Jänner 1981
Staubentwurf 1
Telephon ~~57 56 55~~ 7500

861/AB

1981 -01- 16

zu 855/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten GÄRTNER
und Genossen an den Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz be-
treffend die Handhabung des Lebens-
mittelgesetzes im Hinblick auf illegale
Hormonanwendung bei Fleischimporten
(Nr. 855/J)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen
gestellt:

"1. Reichen die Durchführungsbestimmungen zum Lebens-
mittelgesetz aus, damit der im Gesetz vorgesehene
Schutz vor hormonhäftigem Importfleisch für den Ver-
braucher auch tatsächlich gegeben ist?

2. Wenn nicht, welche Maßnahmen haben Sie vorgesehen?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Gemäß § 15 des Lebensmittelgesetzes 1975 ist die Anwen-
dung von Hormonen bei Tieren, die für die Gewinnung von Lebens-
mitteln bestimmt sind, ausdrücklich verboten. Verstöße gegen
dieses Verbot sind nach § 58 dieses Bundesgesetzes mit gericht-
licher Strafe bedroht.

- 2 -

Importe von Fleisch und Fleischwaren unterliegen einer ständigen Kontrolle gemäß der Veterinärbehördlichen Einfuhr- und Durchfuhrverordnung, BGBl. Nr. 200/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 470/1977.

Auf Grund von Pressemeldungen, wonach im Ausland bei Untersuchungen von Kalbfleisch Rückstände von Östrogenen festgestellt wurden, hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz darüber hinaus in verstärktem Ausmaß Kontrolluntersuchungen bei eingeführtem Kalbfleisch angeordnet. Gemäß dieser Anordnung sind das aus dem Ausland kommende Kalbfleisch und daraus hergestellte Fleischwaren einschließlich der Konserven anlässlich der amtstierärztlichen Untersuchungen am Inlandsbestimmungsort auf das Vorhandensein von Östrogenrückständen zu prüfen. Die Sendungen werden amtstierärztlich gesperrt und dürfen erst nach Vorliegen eines negativen Untersuchungsergebnisses für den Verkehr freigegeben werden.

Damit erscheint in höchstem Maße die Gewähr für den Schutz der Gesundheit der Verbraucher vor Beeinträchtigungen durch hormonhaltiges Fleisch gegeben.

Der Bundesminister: